

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

20.03.2024

Inhalt

EWN

1 Rot-rote Landesregierung in MV zieht Halbzeitbilanz <i>nordkurier.de, 19.03.2024</i>	3
2 Brüssel baut Druck auf <i>Berliner Zeitung, 20.03.2024</i>	4
3 Habeck gibt Entwarnung <i>die tageszeitung, 20.03.2024</i>	6
4 Frankreich und Russland planen gemeinsame Sache bei Atomenergie <i>watson.de, 19.03.2024</i>	7

Rot-rote Landesregierung in MV zieht Halbzeitbilanz

Mecklenburg-Vorpommerns rot-rote Landesregierung zieht Bilanz zur Halbzeit der fünfjährigen Legislaturperiode. In der Kabinettsitzung am Dienstag wollen die Koalitionäre eine Bestandsaufnahme ihrer bisherigen Arbeit machen, ehe Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) und ihre Stellvertreterin, Bildungsministerin Simone Oldenburg (Linke), in der Landespresskonferenz in Schwerin auch öffentlich Rechenschaft ablegen. Für den Abend sind dann landesweit Bürgergespräche mit Regierungsmitgliedern geplant.

SPD und Linke hatten in ihrem nach der Wahl im Herbst 2021 geschlossenen Koalitionsvertrag besonderen Wert auf soziale Verbesserungen, die Festigung des Zusammenhalts in der Gesellschaft und die Stärkung der Wirtschaft gelegt. Erschwert wurde die Umsetzung wichtiger Ziele durch Spätfolgen der Corona-Pandemie sowie die Auswirkungen des Ukraine-Krieges insbesondere auf Migration und Energiepreise.

Ersten Erhebungen zufolge sank die Wirtschaftskraft des Landes im Vorjahr. Für die Werften in MV, die nach dem zwischenzeitlichen Einbruch auf dem Kreuzfahrtmarkt pleitegegangen waren, wurden zwar zum Teil Anschlusslösungen gefunden, die nun jedoch noch umgesetzt werden müssen. Der Tourismus sieht sich angesichts steigender Preise neuen Herausforderungen ausgesetzt, legte aber wieder zu.

Während sich Gewerkschaften schon positiv über Rot-Rot äußerten, übten Unternehmensverbände und Opposition massive Kritik. „Die Landesregierung hat bisher überwiegend gute Arbeit geleistet, zur Hälfte der Legislatur ist bereits Wichtiges umgesetzt. Und das trotz der dramatischen Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine“, erklärte der Vize-

Vorsitzende des DGB Nord, Ingo Schlüter. Als Erfolgsbeispiele nannte er das seit Jahresbeginn wirksame Tariftreuegesetz und die Einführung des Internationalen Frauentages als gesetzlichen Feiertag im Land.

Kritiker werfen der rot-roten Regierung vor, die Interessen der Wirtschaft zu wenig zu berücksichtigen. „Ergebnisse, die den Wirtschaftsstandort MV voranbringen und den Betrieben Perspektiven aufzeigen, sind noch nicht zu erkennen“, konstatierte der Geschäftsführer des Unternehmerdachverbandes VU, Sven Müller. Die Einführung des Tariftreuegesetzes, das für mehr Bürokratie und mangelnden Praxisbezug stehe, oder der zusätzliche Feiertag, der zu Mehrbelastungen von gut 55 Millionen Euro in den Betrieben führe, hätten einen schalen Beigeschmack hinterlassen.

Der Landtag war Ende September 2021 neu gewählt worden, kurz darauf hatten sich Wahlsiegerin die SPD und die Linke auf die Bildung einer rot-roten Koalition verständigt. Jüngsten Umfragen zufolge büßte insbesondere die von Schwesig geführte SPD seither in der Wählergunst deutlich ein. Bei der Landtagswahl hatte die Partei mit 39,6 Prozent ein Spitzenergebnis erreicht, in einer Wählerbefragung Anfang 2024 kam sie noch auf 21 Prozent.

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Landesregierung vor Ort“ suchen Minister und Staatssekretäre am Dienstag und Mittwoch erneut das direkte Gespräch mit den Bürgern. Laut Staatskanzlei sind in neun, über ganz Mecklenburg-Vorpommern verteilten Orten Diskussionsrunden geplant. Die Liste der Veranstaltungsorte reicht von Gägelow und Ludwigslust im Wesen bis Greifswald und Löcknitz im Osten. In allen Kreisen und kreisfreien Städten gebe es Gesprächsangebote, im Landkreis Vorpommern-Greifswald zwei.

Brüssel baut Druck auf

EU-Staaten sollen Import von russischem Flüssiggas blockieren. USA würden profitieren

Bereits vor einem Jahr rief die EU-Kommission europäische Gasimporteure dazu auf, Lieferverträge in Bezug zu russischem Flüssigerdgas, kurz LNG, zu beenden oder nicht zu verlängern. Doch geändert hat sich seitdem nicht viel. Stattdessen ist es den Russen immer wieder gelungen, Rekordmengen an LNG in die EU zu liefern. Das zeigen aktuelle Daten der Brüsseler Denkfabrik Bruegel.

Demzufolge hat sich der Import von russischem Flüssiggas in die EU um 38 Prozent im Vergleich zum Vorkriegsjahr 2021 erhöht. Im Januar dieses Jahres hat die EU fast 20 Prozent ihrer LNG-Importe aus Russland allein bezogen. Doch der größte Flüssiggas-Lieferant der EU bleiben die USA, mit fast 50 Prozent der LNG-Gesamteinfuhren. Im Jahr 2023 haben sich die Importe aus den USA im Vergleich zu 2021 fast verdreifacht. Und das soll jetzt noch mehr werden: Die EU-Kommission will ihre Flüssigerdgasbezüge aus Russland bereits in diesem Jahr reduzieren, wie das amerikanische Medienunternehmen Bloomberg unter Berufung auf die europäische Energiekommissarin Kadri Simson berichtet. Der Ersatz soll aus den USA kommen.

Neues Instrument

„In der EU bauen wir allmählich den Druck auf die europäischen Akteure auf, die russischen LNG-Käufe zu reduzieren, und auch hier ist das Vertrauen in die US-Lieferungen wichtig“, sagte Simson nach einem Treffen des Energierats zwischen der EU und der USA am 15. März in Washington.

Man wolle damit nicht nur die Lieferungen verlagern, sondern auch die Finanzierung der Kriegsmaschinerie von Präsident Wladimir Putin nach seiner Invasion in der Ukraine im Jahr 2022 untergraben. „Meine Botschaft war, dass dieses Jahr eine weitere Abkehr von den russischen Exporten bringen muss“, zitierte Bloomberg die hochrangige EU-Beamtin Simson.

Im Jahr 2023 importierte die EU insgesamt mehr als 120 Milliarden Kubikmeter LNG, davon die Hälfte aus den USA. Und wie groß ist der russische An-

teil als zweitgrößter LNG-Lieferant? Zwischen Januar und September 2023 wurden rund 17,8 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus Russland in die EU verschifft. Die Menge entspricht einem Liefervolumen im normalen Gaszustand – verflüssigt handelt es sich um etwa 30 Millionen Kubikmeter LNG. Im Jahr 2023 lag der Anteil des russischen LNG an den gesamten Flüssiggasimporten Europas bei etwa 15 Prozent.

Um diese Mengen zu reduzieren, sollen die EU-Regierungen ein neues Instrument erhalten, womit sie den Kauf russischer Lieferungen ohne Sanktionen blockieren können. Für die Blockierung solcher Warenströme soll in einigen Wochen ein Gesetz in Kraft treten, heißt es. Dabei hätten einige Mitgliedstaaten bei der Kommission gefordert, dass die Verordnung koordiniert angewendet werde, um zu verhindern, dass Sendungen an langsamere Nachbarn weitergeleitet werden.

„In den letzten Monaten haben wir gesehen, dass Russland seine Einnahmen gesenkt hat, aber wir müssen noch viel mehr tun, um zu verhindern, dass russisches LNG auf die europäischen Märkte gelangt“, sagte Simson. In der Tat haben die EU-Länder bereits 2023 schon „ihre Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen drastisch reduziert“, wie im November aus einer gemeinsamen Erklärung des State Departments der USA und der EU-Kommission hervorging.

Einfuhr von Kohle beendet

Demzufolge hat die Union die Kohleimporte beendet, die Ölimporte um 90 Prozent reduziert und die Gasimporte von 155 Milliarden Kubikmetern im Jahr 2021 auf rund 80 Milliarden Kubikmeter im Jahr 2022 und auf geschätzte 40 bis 45 Milliarden Kubikmeter im Jahr 2023 eingeschränkt, hieß es. Das soll jetzt noch schneller zurückgefahren werden, wie der Bericht nahelegt. Aber nicht ohne Rücksicht auf Verluste. Immerhin wolle man Alternativen bereitstellen, um die Versorgungssicherheit der „am stärksten betroffenen EU-Mitgliedsstaaten“ sicherzustellen.

Wie aber diese Alternativen aussehen sollen, darüber gibt es noch keine weiteren Informationen. Fest steht bislang nur die Festigung der LNG-Lieferungen aus den USA in die EU. Was hierbei aber nicht vergessen werden sollte: Die USA setzen den Bau neuer LNG-Terminals aus und Europas Industrie zahlt bereits jetzt bis zu viermal höhere Energiepreise als die US-

Konkurrenz.

Die USA haben im vergangenen Jahr Katar und Australien überholt und sind nun der weltweit führende Lieferant von LNG. Damit haben sie einen immensen geopolitischen Einfluss, von dem sich Europa mit der neuen Agenda vermehrt abhängig macht.

 die tageszeitung | 20.03.2024 | S. 6 Auflage: 46.352 | Reichweite: 313.141 Anja Krüger

Habeck gibt Entwarnung

Der grüne Wirtschaftsminister erklärt die Energiekrise infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine für beendet. Vorsorgemaßnahmen bleiben aber

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat die Energiekrise infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine für beendet erklärt. „Diese Krise haben wir abgearbeitet“, sagte Habeck bei einer Energiekonferenz in Berlin. „Die Energieversorgung ist in jeder Hinsicht sicher.“ Die Preise befänden sich wieder auf dem Niveau vor dem Angriff auf die Ukraine.

Bis zum Sommer 2022 bezog Deutschland sehr große Mengen Gas aus Russland, vor allem über die im September 2022 von bislang Pipeline Nord Stream Unbekannten gesprengte 1. Mittlerweile kommt die Bundesrepublik ohne russisches Pipelinegas aus. Nach dem Angriff auf die Ukraine und das Versiegen der Gaslieferungen stiegen die Preise enorm, in der Folge auch die für Strom. Die Bundesregierung ergriff eine Reihe von Maßnahmen wie Einkäufen von Gas auf dem Weltmarkt, um einem Mangel vorzubeugen, und dämpfte die Preise mit Zuschüssen.

Habecks Erklärung zum Ende der Krise ist ein politisches Signal und keine Ankündigung. „Die getroffenen Vorsorgemaßnahmen gelten weiter“, sagte ein Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums der taz. Ge-

rade durch diese Maßnahmen sei ein Mangel verhindert worden. Das gelte etwa für das Gesetz zur Gas-einspeicherung oder die Errichtung von Terminals für die Anlandung von Flüssiggas (LNG). Die Bundesnetzagentur hat im Juni 2022 die Alarmstufe des Notfallplans Gas ausgerufen. Das werde nicht geändert, sagte der Sprecher.

Mit dieser Einstufung signalisiert die Bundesnetzagentur, die dem Bundeswirtschaftsministerium untersteht, dass weiterhin Gas eingespart werden muss. Sie veröffentlicht täglich einen Bericht zur Lage der Gasversorgung.

Dafür werden fünf Indikatoren betrachtet: eine Temperaturprognose, der temperaturbereinigte Gasverbrauch, die Füllstände der Gasspeicher, die Situation in den Nachbarländern und die Beschaffung der Regelenergie.

Die Regelenergie gleicht Differenzen von Entnahmen und Einspeisungen aus dem Netz aus. Vier Indikatoren stuft die Bundesnetzagentur als stabil ein, nur der temperaturbereinigte Gasverbrauch gilt als „angespannt“.

Frankreich und Russland planen gemeinsame Sache bei Atomenergie

Während andere aussteigen, steigt Frankreich voll ein ins Atomgeschäft. Derzeit betreibt das europäische Land 56 aktive Reaktoren, weitere sind in Planung. Zu Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine musste sich Frankreich daher weniger den Kopf zerbrechen, wie es sich vom russischen Gas losreißt. Anders als etwa Deutschland.

Doch die Energieversorgung allein auf die Karte "Atomenergie" zu setzen, könnte am Ende nach hinten losgehen und zu einem "Engpass" in Frankreich führen.

Atom-Kooperation mit russischem Unternehmen in Lingen, Niedersachsen

"Aus der Sicht der europäischen Energiesicherheit ist das Natururan nicht der Engpass, sondern alles andere drumherum: von der Urananreicherung über die Herstellung von Brennelementen bis hin zum Transit von Natururan von Kasachstan nach Europa", sagt Wissenschaftler Yanliang Pan auf watson-Anfrage. Er forscht am James Martin Center for Nonproliferation Studies in Monterey, California.

An dieser Stelle hebt er das geplante Joint Venture zwischen dem staatlich-russischen Atomunternehmen Rosatom und dem französischen Kernkraft-Unternehmen Framatome hervor. Beide wollen eine Atom-Kooperation zur Herstellung von Brennelementen in Lingen, Deutschland, eingehen. Und das, während der russische Angriffskrieg in der Ukraine tobt.

Zum Hintergrund: In Lingen werden seit mehr als vier Jahrzehnten Brennelemente für Atomkraftwerke in Europa hergestellt – nun soll ein russisches Unternehmen mitmischen dürfen.

"Der französische Betreiber Framatome hat im März 2023 in Frankreich mit der Rosatom Filiale TVEL ein Joint Venture mit Namen 'European Hexagonal Fuel SAS' gegründet mit dem Ziel der Herstellung und Ver-

marktung von Brennelementen für Atomkraftwerke des russischen Designs WWER", sagt der unabhängige, internationale Energie- und Atomkraftanalyst Mycle Schneider auf watson-Anfrage. Er ist Koordinator und Herausgeber des jährlichen "World Nuclear Industry Status Report".

Diese Brennelemente sollen laut ihm in einer Erweiterung der Fabrik in Lingen hergestellt werden. Das Genehmigungsverfahren laufe. Brisant: Rosatom ist ein russischer Staatskonzern, der sowohl für den Bereich Atomkraft als auch für das Atomwaffenprogramm zuständig ist. "Rosatom ist ebenfalls proaktiv an der militärischen Besetzung des ukrainischen Atomkraftwerk Saporischschja beteiligt", betont Schneider.

Er führt aus:

"Es kann nur verwundern, dass Framatome, eine Firma, die der Kontrolle des französischen Staates untersteht, eine solche Allianz eingeht, während die französische Regierung zu den rhetorisch größten Unterstützern der Ukraine gehört."

Also zusammengefasst: Die Firma Advanced Nuclear Fuels (ANF) soll in Lingen künftig auch Brennelemente für osteuropäische Atomkraftwerke sowjetischer Bauart herstellen. Ziel: Die Kraftwerke in Osteuropa sollen damit unabhängiger von russischen Lieferungen gemacht werden. Um den russischen Brennelementtyp fertigen zu können, soll der französische ANF-Mutterkonzern Framatome eine Zusammenarbeit mit einer Tochterfirma des russischen Staatsatomkonzerns Rosatom eingehen.

"Ein Skandal", meint "ausgestrahlt", eine seit 2008 bundesweit tätige Anti-Atom-Organisation. Auf ihrer Website warnt sie, der Einstieg Russlands biete unvermeidlich Möglichkeiten zu Sabotage, Spionage und Desinformation – nicht nur in Lingen und Deutschland, sondern in allen Atomkraftwerken, die von Lingen beliefert werden.

Niedersächsischer Umweltminister Christian Meyer übt laut Kritik

Die deutschen Behörden müssten ihrer Schutzpflicht nachkommen und die Genehmigung für dieses Vorhaben versagen, fordert die Organisation. Die mögliche Kooperation einer russischen Atomenergiefirma mit der Brennelementfabrik in Lingen bereitet offenbar auch dem niedersächsischen Umweltminister Christian Meyer Unwohlsein.

Schließlich ist Rosatom nicht einfach nur ein Konzern. Laut Expertenstimmen ist das Unternehmen einem Ministerium gleichgestellt und direkt Präsident Wladimir Putin unterstellt.

„Ich bin in der Tat sehr erschrocken darüber, dass das Ganze in enger Kooperation mit russischen Atomkonzernen, die sehr eng mit Putin verbunden sind, passieren soll“, sagt der Grünen-Politiker gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Auch er sorgt sich um die Sicherheit, wenn Mitarbeitende russischer Atomkonzerne Zugang zur Brennelementfabrik erhalten sollten: Das alles habe erhebliche Auswirkungen auf die innere und äußere Sicherheit.

Wer auf Atomenergie setzt, kann an dieser Stelle nicht verdrängen: Russland spielt nach wie vor eine zentrale Rolle im globalen Nuklearsektor, selbst nach dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in der Ukraine. Davor warnt etwa das „Finnish Institute of International Affairs“ (FIIA) in einem Bericht vom Oktober 2023.

Atomenergie: Der Westen will der Abhängigkeit von Russland entkommen

Darin heißt es, der westliche Kernergiesektor sei weiterhin auf Lieferungen und Dienstleistungen aus Kasachstan und Russland angewiesen. „Nur wenige Staaten haben die Kapazität, angereichertes Uran zu produzieren, und Russland verfügt über fast die Hälfte der weltweiten Anreicherungskapazitäten.“

Demnach liefere das russische Unternehmen Rosatom noch Kernbrennstoff an Reaktoren sowjetischer und russischer Bauart in Europa. Westliche Unternehmen sollen demnach Brennstoff entwickelt haben, mit denen man die Lieferungen von Rosatom ersetzen könne.

Seit Anfang 2023 unterstützt die EU etwa das „Accelerated Program for Implementation of Secure WVER Fuel Supply“ (APIS), also ein Programm zur Umsetzung einer sicheren WWER-Brennstoffversorgung. Ziel sei es, eine vollständig europäische Brennstoffversorgung für WWER-Reaktoren russischer Bauart auf die Beine zu stellen.

Die geplante Atom-Kooperation mit dem russischen Unternehmen Rosatom auf deutschem Boden in Lingen zeigt erneut: Russland ist ein wichtiger Akteur in allen Bereichen des Nuklearsektors, vom Uranabbau über die Anreicherung bis hin zur Aufbereitung abgebrannter Brennstoffe.

„Geschäfte mit Putin sollten beendet werden, das gilt auch und gerade für den Atombereich. Dies durch Joint Ventures, direkte oder indirekte Beteiligungen Russlands zu verfestigen, halte ich politisch angesichts Putins brutalem Energiekrieg gegen Europa für fatal“, betonte Meyer Anfang des Jahres gegenüber dem Sender NDR.